

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Markus Saller

Abg. Andreas Winhart

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Doris Rauscher

Abg. Julian Preidl

Abg. Patrick Grossmann

Staatssekretär Martin Schöffel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Florian von Brunn

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:

### **Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Ich rufe auf:

#### **Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)**

**Mittelstand, Handwerk und Arbeitnehmer jetzt stärken - steuerliche Entlastung für Zuschläge bei Mehrarbeit (Drs. 19/11440)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

**Markus Saller (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über unseren Dringlichkeitsantrag sprechen, reden wir über nichts weniger als den Kern unserer Wirtschaft. Es geht um den Mittelstand, das Handwerk und die arbeitende Mitte in unserem Land. Meine Damen und Herren, ich sage ganz klar: Diese Menschen tragen unser Land, und zwar Tag für Tag. Wir erleben derzeit eine Situation, in der viele Arbeitnehmer bereit sind, mehr zu arbeiten, mehr Verantwortung zu übernehmen und mehr zu leisten. Aber gleichzeitig erleben wir, dass von der Mehrarbeit oft zu wenig beim Arbeitnehmer ankommt. Zuschläge werden zwar gezahlt, aber durch Steuern und Abgaben bleibt häufig netto zu wenig davon übrig. Genau dort setzt unser Antrag an. Wer mehr arbeitet, soll auch spürbar mehr behalten. Deshalb fordern wir eine steuerliche Begünstigung von Zuschlägen für Mehrarbeit.

Meine Damen und Herren, wir sehen einen Fachkräftemangel, hohe Belastungen für die Betriebe und insgesamt eine angespannte wirtschaftliche Lage. Gerade im

Handwerk fehlt es an Personal, wie wir alle wissen. Gleichzeitig gibt es Mitarbeiter, die bereit wären, mehr zu arbeiten. Aber die derzeitigen Rahmenbedingungen setzen falsche Anreize. Wenn sich Mehrarbeit kaum lohnt, wird sie auch nicht geleistet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das können wir uns volkswirtschaftlich nicht mehr leisten. Das Entscheidende an unserem Antrag ist: Er stärkt beide Seiten. Auf der einen Seite erhalten die Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto, auf der anderen Seite können die Betriebe flexibler auf Auftragsspitzen reagieren. Genau das brauchen wir. Wir brauchen keine neuen Bürokratienprogramme, sondern bessere Anreize für mehr Leistung.

Jetzt wird es politisch interessant: Diese Maßnahme steht bereits auf Bundesebene im Koalitionsvertrag. Dort heißt es ausdrücklich: Zuschläge für Mehrarbeit sollen steuerlich begünstigt werden. Meine Damen und Herren, ich frage mich nur: Warum passiert da nichts? Warum wird ein sinnvolles, vereinbartes Vorhaben immer wieder aufgeschoben? Was ist denn aus dem großen "Herbst der Reformen" geworden? – Gerade in der aktuellen Lage ist das nicht mehr vermittelbar. Ich freue mich, dass unser Koalitionspartner das Anliegen ebenfalls unterstützt und mehr Durchgriff erreichen möchte. Für uns ist auch ein wichtiger Punkt, dass durch unseren Antrag die Tarifautonomie vollständig gewahrt bleibt. Es geht nicht darum, irgendwelche Arbeitszeiten staatlich vorzugeben oder zu verändern, ganz im Gegenteil: Bestehende Modelle beispielweise bei Arbeitszeitkonten sollen unberührt bleiben. Es geht lediglich darum, zusätzliche Spielräume zu schaffen. Es handelt sich um eine Kann-Regelung und nicht um einen Zwang.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren oft über große Strukturfragen, Transformation, Energiekosten und Wettbewerbsfähigkeit. Aber manchmal liegt die Möglichkeit einer Verbesserung ganz konkret vor uns. Wir müssen Leistung einfach nur besser honorieren. Das ist sozial gerecht, wirtschaftlich sinnvoll und politisch überfällig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Antrag ist kein ideologisches Projekt, sondern ein konkreter, pragmatischer Vorschlag. Übrigens hat Herr Klingbeil das Anliegen in seiner Rede bei der Bertelsmann Stiftung am 25.03.2026 ebenfalls vorgetragen. Jetzt soll er auch bitte entsprechend handeln. Der Antrag hilft den Arbeitnehmern, die mehr leisten wollen, den Betrieben, die dringend eine höhere Arbeitskraft brauchen, und unserer gesamten Volkswirtschaft. Arbeit muss sich lohnen. Leistung braucht Anerkennung, auch steuerlich. Deswegen bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Die Bundesregierung bitte ich an dieser Stelle, den Antrag so unbürokratisch und pragmatisch wie möglich umzusetzen und nach Möglichkeit nicht so dilettantisch, wie man es zuletzt bei den Mineralölpreisen gemacht hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht Herr Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte anwesende Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dringlichkeitsantrag ist sicherlich richtig. Um es kurz vorab zu sagen: Wir unterstützen diesen auch. Meine Damen und Herren, es ist ganz elementar, dass sich Arbeit wieder lohnen muss. Wir haben uns viel zu lange nur um diejenigen gekümmert, die ein Problem haben und vielleicht durch das soziale Netz nicht aufgefangen wurden. Eines muss aber klar sein: Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir die Leistungsträger nicht vergessen dürfen, sondern sie ganz bewusst wieder in den Mittelpunkt stellen müssen.

Meine Damen und Herren, Sie haben einen Antrag vorgelegt, den wir in der heutigen Fraktionssitzung durchaus diskutiert haben. Liebe Abgeordnete der FREIEN WÄHLER, ganz ehrlich: Von einer Regierungsfraktion erwarte ich, dass die Forderungen ein bisschen konkreter sind. Sie schreiben, dass Zuschläge für Mehrarbeit, die über die vereinbarte Vollarbeitszeit hinausgeht, steuerlich begünstigt werden sollen. – Das

ist richtig. Wir brauchen nicht drüber zu diskutieren, dass wir diese Leute entlasten müssen. Ich hätte mir aber schon gewünscht, dass Sie sagen: Wir wollen, dass die Arbeitnehmer keine Steuern zahlen müssen oder 10 % oder 25 %, also irgendetwas Konkretes, das man der Staatsregierung auf den Weg nach Berlin und den Koalitionären mitgeben kann. Was wollen Sie denn konkret? Was genau ist denn die Entlastung? Sind es 5 %, 8 % oder 10 %? – Meine Damen und Herren, man weiß bei Ihnen nicht, woran man ist.

Wir stehen vor Herausforderungen, wenn es um die Beschäftigten in der Teilzeitarbeit geht, die Sie überhaupt nicht berücksichtigt haben oder nicht berücksichtigen wollten. Wir müssen aufpassen, dass das Arbeitsrecht und die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch weiterhin gewahrt bleiben. Herr Saller, wie Sie vorhin gesagt haben, wird versucht, mit der Auszahlung von steuerlich begünstigten Überstunden eine Möglichkeit der Entlastung zu schaffen. Das kann aus unserer Sicht nur ein Baustein sein. Wir wollen, dass grundsätzlich mehr Geld in den Taschen der Bürger bleibt; denn das regt den Konsum und über das Sparen Investitionen an. Meine Damen und Herren, das ist gut für die Nachfrage und schlussendlich gut für die deutsche Wirtschaft.

Ich möchte das mit Zahlen unterfüttern: An einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft im Jahr 2025 haben über 5.000 Beschäftigte teilgenommen. Über 77 % haben gesagt, sie können sich grundsätzlich vorstellen, mehr zu arbeiten. Woran scheitert das Ganze? – Es liegt daran, dass für 72 % der Befragten die Steuern bzw. Sozialabgaben zu hoch sind. Wir haben diese Diskussionen in den letzten Wochen auch auf der Bundesebene gehabt, auch darüber, ob sich Teilzeitarbeit mehr als Vollzeitarbeit lohnt usw. Aus dieser Falle müssen wir raus. Wir müssen auch beachten, dass in den nächsten Jahren zwei Millionen Menschen in Rente gehen. Diese Menschen gehen dem Arbeitsmarkt verloren. Diesen Verlust werden Sie nicht dadurch kompensieren können, indem Sie Leute, die Sie für Fachkräfte halten, aus

dem Ausland reinholen. Wir brauchen vielmehr diejenigen, die hier sind und vom ersten Tag an mitanpacken und mitarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir haben Herausforderungen in diesem Bereich. Die AfD sagt ganz klar: "Nicht irgendwie entlasten", sondern wir sagen: "Bezahlte Überstunden sind von der Einkommensteuer zu befreien." Meine Damen und Herren, die kalte Progression muss abgeschafft werden. Wir wollen mehr Flexibilität, wenn es um verschiedene Regelungen geht. Beispielsweise soll man einen Minijob im eigenen Betrieb ausüben können. Dafür gibt es verschiedene Vorschläge. Wir denken auch an die Freipauschalen für Tankgutscheine. Jetzt, wo die Spritkosten so hoch sind, denken wir daran, bei den Pendlern auf 100 bis 150 Euro zu gehen.

All diese Dinge lösen aber das Kernproblem nicht. Wir brauchen in Deutschland eine Steuerreform, wie sie die AfD vorgeschlagen hat. Meine Damen und Herren, die Familien sollen durch höhere Freibeträge gestärkt werden. Die Alleinerziehenden haben auch einen höheren Freibetrag. Wir haben dann Vereinfachungen im gesamten Steuersystem sowie auch Vereinheitlichungen mit ungefähr 25 % Flat Tax. Wir wollen hohe Freibeträge für alle diejenigen, für die es sozial nicht ganz so gut aussieht; hier brauchen wir über das Steuersystem einen Ausgleich. Meine Damen und Herren, diese 135 Milliarden Euro sind gegenfinanziert und machbar, wenn Sie die AfD endlich mitregieren lassen.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht die Kollegin Eva Lettenbauer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Idee setzt voraus, dass das Problem wäre, dass Menschen zu wenig arbeiten wollen.

(Andreas Winhart (AfD): Ja!)

Dass Sie diesem Irrglauben verfallen sind, kommt mir irgendwie bekannt vor; denn nicht nur in den Reihen der AfD, sondern auch in den Reihen der Union hat man das schon gehört, Stichwort: Lifestyle-Teilzeit. Obwohl die Menschen in Schreinereien, auf Baustellen, in Krankenhäusern Tag für Tag rackern und jeden Tag Vollgas geben, höre ich von der CSU und den FREIEN WÄHLERN immer wieder die gleiche Leier, wenn auch in anderen Worten verpackt: Die Bevölkerung sei am wirtschaftspolitischen Unvermögen der Regierungskoalition schuld. Das geht einfach nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Stimmt ja auch nicht! – Zuruf von der CSU)

Denken Sie doch mal darüber nach: Es liegt an Fehlanreizen wie dem Minijob, dass manche Menschen nicht mehr arbeiten. Haben Sie schon einmal daran gedacht, dass es an einer hohen Einkommensteuer für niedrige Einkommen und an fehlenden Kitaplätzen für Kinder oder an fehlenden Pflegeangeboten für Senioren liegt?

(Alex Dorow (CSU): Man muss das differenziert betrachten!)

Ich finde es gut, dass wir grundsätzlich über Entlastungen für alle Arbeitenden reden. Ich setze mich für die Beschäftigten in Bayern ein und nehme sie ernst. Deshalb habe ich drei Punkte, weshalb Ihr Vorschlag nichts hilft und die arbeitende Bevölkerung eher verhöhnt.

(Alex Dorow (CSU): Ach so?)

Erstens. Steuerfreiheit für einen Mehrarbeitszuschlag lohnt sich nicht und bringt der Wirtschaft auch nichts. Ich denke, alle haben die Untersuchungen bzw. Analysen gelesen: Wenn eine Mechatroniker:in einen steuerfreien Zuschlag von 10 Euro bekommt, damit sie eine Stunde länger arbeitet, hat sie 1,35 Euro mehr. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut WSI errechnet. Dafür bekommt man nicht einmal eine Apfelschorle! Selbst der wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums hat mit 3,50 Euro mehr in der Tasche großzügig gerechnet und sagt: Selbst bei dieser kleinen

Erhöhung bzw. diesem kleinen Zuschuss bringt das keine spürbare Erhöhung des Arbeitsangebots mit sich. Das heißt also: Fast niemand würde deswegen Überstunden machen.

Zweitens. Viele Unternehmen zahlen Überstunden ja nicht einmal aus, sondern nutzen Arbeitszeitkonten. Genau das ist die Flexibilität, die die Unternehmen brauchen und die auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen. Sie brauchen das insbesondere bei saisonalen Schwankungen. Hinzu kommt, wenn Arbeitszeitkonten wieder zurückgehen, gibt es wieder mehr Anträge auf staatliches Kurzarbeitergeld. Auch das kann nicht der Sinn der Sache sein.

(Zuruf von der CSU: Sondern?)

Schauen wir uns doch einmal an, wie viele Überstunden ausgezahlt werden. Im Jahr 2024 haben nur 5,1 % der Beschäftigten Überstunden ausgezahlt bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Davon haben nur 1,8 % einen Überstundenzuschlag bekommen. Im Durchschnitt reden wir dabei also von wenigen Cent pro Monat, die bei Arbeitenden ankommen. Bei Männern sind es 1,46 Euro steuerfrei; bei Frauen sind es 0,23 Euro steuerfrei. Selbst dann, wenn sich diese Beträge jeweils um 1,30 Euro erhöhen würden – die Expertinnen und Experten haben es vorausgesagt –, würden die Menschen nicht mehr arbeiten.

Drittens. Der Riesenunterschied zwischen Frauen und Männern kann uns nicht kaltlassen, sondern muss uns beschäftigen. Diese Maßnahme hilft vor allem vollzeitbeschäftigten Männern; denn diesen steuerfreien Zuschlag gibt es nur dann – das macht ja auch Sinn; denn sonst wäre es total absurd –, wenn man mehr als Vollzeit arbeitet. Das bedeutet: Hier haben wieder ganz viele Frauen nicht die Möglichkeit, von dieser Miniunterstützung zu profitieren. Machen wir doch deshalb lieber gescheite Unterstützungen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen Menschen unterstützen, indem wir bessere Rahmenbedingungen schaffen, und zwar durch mehr Kitaplätze, mehr Pflegeplätze für Seniorinnen und Senioren. Dann können endlich auch Frauen die Tausende von Stunden mehr arbeiten, die sie in Bayern gerne mehr arbeiten wollen. Deutschlandweit sind das 800.000 Vollzeitäquivalente Mehrarbeit von Frauen, wenn Frauen endlich so viel arbeiten könnten, wie sie möchten.

Zu guter Letzt: Wir wissen, dieses Steuergeld wird eher versacken und der Wirtschaft nicht helfen. Viel schlimmer: Der Tankrabatt wird komplett verschwinden oder bei den Mineralölkonzernen für Freude sorgen. Was für eine Uralt-Lobbypolitik! Die Menschen im Land brauchen jetzt eine Senkung der Stromsteuer – das kommt bei allen an. Sie brauchen zum Beispiel auch eine Energieentlastung per Direktzahlung. Wir haben ermöglicht, Menschen endlich Direktzahlungen zu geben. So etwas kommt an. Machen Sie doch da mal Wirbel. Das ist eine Maßnahme, die hilft und nicht nur die Menschen verärgert, weil sie am Ende nichts bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht die Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

**Doris Rauscher (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehrarbeit muss sich lohnen – darin sind wir uns einig. Genau deshalb haben wir, die SPD und die Union, das auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene so vereinbart. Selbstverständlich soll derjenige, der mehr arbeitet, am Ende auch mehr Geld im Geldbeutel haben. Leistung verdient Anerkennung. Dennoch lohnt ein genauer Blick. Viele Beschäftigte leisten Überstunden, die nicht zusätzlich vergütet werden, sondern über Arbeitszeitkonten ausgeglichen werden oder auch unbezahlt bleiben.

Die geplante Steuerbefreiung greift aber nur bei bezahlten Überstunden. Das muss man beachten. Ein erheblicher Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird von dieser Regelung in der Praxis daher vermutlich nicht erreicht werden. Hinzu kommt: Es ist eine Gerechtigkeitsfrage. Die Kollegin hat schon darauf hingewiesen: Die steuerliche Begünstigung setzt an der Vollzeitgrenze an. Wer in Teilzeit arbeitet, leistet ebenfalls Mehrarbeit, erreicht diese Schwelle aber häufig natürlich nicht. Das betrifft überdurchschnittlich oft Frauen, die ihre Arbeitszeit aus familiären Gründen reduziert haben. Für sie bleibt die Maßnahme komplett wirkungslos.

Wir dürfen auch nicht außer Acht lassen: Wenn Überstunden steuerlich begünstigt werden, wird es für Familien attraktiver, dass eine Person sehr viele Stunden arbeitet, während die andere zurücksteckt oder womöglich ganz zu Hause bleibt. Das heißt meistens leider: Väter arbeiten meistens mehr, Mütter weniger. Das verfestigt überkommene Rollenbilder, statt sie aufzubrechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das zeigt sehr deutlich, dass diese Maßnahme allein den Fach- und Arbeitskräftemangel nicht beheben wird. Darum geht es aber doch im Kern. Wenn wir den Arbeitsmarkt wirklich stärken wollen, brauchen wir vor allem strukturelle Antworten, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie bereits erwähnt, einen konsequenten Ausbau der Kindertages- und Schulkindbetreuung mit mehr Personal und eine Arbeitswelt, in der Menschen ihre Arbeitszeit realistisch ausweiten können.

Liebe Staatsregierung, an dieser Stelle sind Sie gefragt. Liebe FREIE WÄHLER und CSU, wenn wir über Verantwortung sprechen, gilt das übrigens auch für Bayern. Die Halbzeitbilanz Ihres Koalitionsvertrags zeigt nämlich auch deutlich, dass es noch genug zu tun gäbe. Sie könnten sich gerne einmal mit einigen Dringlichkeitsanträgen zu den Themen Gehörlosengeldumsetzung, industrielle Transformation auf Landesebene und sozialen Wohnungsbau befassen – alles versprochen und noch nicht geliefert. Herr Saller, ich frage mich nur: Warum passiert nichts? Wir als SPD stehen zu der

Vereinbarung auf Bundesebene im Koalitionsvertrag. Dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht. Weil es aber im Koalitionsvertrag steht, enthalten wir uns.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Preidl.

**Julian Preidl (FREIE WÄHLER):** Frau Rauscher, liebe Doris, an dieser Stelle werden Äpfel mit Birnen verglichen. Es ging mehrmals um die Kitaplätze. Wir kümmern uns auch darum, dass die Kitastruktur finanziell besser ausgestattet wird. Ihr wisst genau, dass das eine schwierige Entscheidung gewesen ist. Die Themen Gehörlosengeld und sozialer Wohnungsbau sind wichtige Themen bei uns im Sozialausschuss. Wird damit eigentlich das Problem der geringen Anzahl an Fachkräften in unserem Arbeitsmarkt gelöst? Das hast du in deiner Rede aufgezählt. Für diejenigen, die sich auf dem Arbeitsmarkt befinden und mehr arbeiten können, soll es sich eher lohnen. Frau Kollegin Lettenbauer hat ähnliche Worte gewählt. Wir wollen genau mit diesem Antrag, dass die Fleißigen in unserem Land steuerlich begünstigt werden und es sich für sie mehr lohnt. Mit diesem Antrag wollen wir das noch mehr möglich machen. Eigentlich ist das doch die Beflügelung unseres Marktes. Insofern frage ich Sie: Inwiefern steht das Gehörlosengeld im Zusammenhang mit einer steuerlichen Förderung des Handwerks?

**Doris Rauscher (SPD):** Herr Kollege, wir brauchen Ihren Antrag nicht, weil es Teil des Koalitionsvertrags auf Bundesebene ist. Die Beispiele zu Ihrer Zwischenbilanz als Koalition und als Teil der Staatsregierung, die ich genannt habe, haben sich auf die recht schmissige Äußerung Ihres Kollegen Saller bezogen, der in seinem Redebeitrag gesagt hat: Warum passiert denn da nichts? – Es steht im Koalitionsvertrag. Themen, die Sie im Koalitionsvertrag festgehalten haben, haben seit der letzten Landtagswahl bis heute noch nicht ihre Umsetzung gefunden. Das wollte ich einfach kurz ein bisschen schmissig erwähnt haben.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

**Patrick Grossmann (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man der Debatte auf der linken Seite und in der Mitte des Plenums zuhört, sieht man doch sehr deutlich die Unterschiede in unserer politischen Wahrnehmung. Auf der linken Seite wollen Sie erst den Menschen Geld wegnehmen, dieses umverteilen, um es dann wieder auszuschütten. Wir stehen für direkte Entlastungen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch diesen steuerlichen Anreiz bekommen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Heute sprechen wir in der Tat über ein Thema, das die arbeitende Mitte unseres Landes unmittelbar betrifft. Das ist der Umgang mit Mehrarbeit und Überstunden sowie die Frage, ob sich diese Leistung in Deutschland denn wirklich lohnt. Es geht darum, an dieser Stelle politische Anreize zu schaffen. Diese Aufgabe haben wir als Abgeordnete in Bayern, aber vor allem im Bund. Mit dem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von FREIEN WÄHLERN und CSU fordern wir eine steuerliche Begünstigung von Zuschlägen für Mehrarbeit, die über die vereinbarte Vollarbeitszeit hinausgeht. Ich sage ausdrücklich: Das ist auch das richtige Signal. Mit steuerfreien Überstundenzuschlägen senden wir eine klare politische Botschaft; denn Leistung muss sich lohnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Kollege Winhart, es geht konkret darum, diese Überstundenzuschläge komplett von der Steuer zu befreien. Dieser Dringlichkeitsantrag von den FREIEN WÄHLERN und der CSU ist sehr konkret. In vielen Betrieben, gerade im Mittelstand und im Handwerk, ist Mehrarbeit schon Alltag. Beschäftigte, die über die tariflich vereinbarte Vollarbeitszeit bzw. über die 40-Stunden-Woche hinaus arbeiten, leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, dass Aufträge erfüllt, Lieferketten eingehalten und Kunden

zufriedengestellt werden können. Für diese zusätzliche Leistung gibt es in der Regel Zuschläge, und zwar auch vollkommen zu Recht. Durch die progressive Lohnsteuerentwicklung, die wir in Deutschland haben, bleibt davon zu wenig im eigenen Geldbeutel. Am Ende bleibt von der mehr geleisteten Arbeit netto häufig kaum mehr übrig. Genau an dieser Stelle setzen wir an. Wer freiwillig mehr arbeitet, wer einspringt, wenn es eng wird, und wer bereit ist, in Zeiten von Fachkräftemangel und hoher Belastung zusätzliche Stunden zu übernehmen, darf nicht durch zusätzliche Steuern, die zu bezahlen sind, demotiviert werden. Mehrarbeit muss sich auszahlen, und zwar spürbar.

Das ist nur ein Punkt von vielen. Derzeit sind nur bestimmte Zuschläge, insbesondere für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit in gewissen Grenzen steuerbegünstigt. Zuschläge für Überstunden jenseits der vereinbarten Vollzeitarbeit werden hingegen grundsätzlich wie normaler Lohn besteuert. In diesen Fällen fehlt der Leistungsanreiz. Ja, es stimmt, dass dies konkret im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart wurde. Ich zitiere: "Damit sich Mehrarbeit auszahlt, werden Zuschläge für Mehrarbeit, die über die tariflich vereinbarte beziehungsweise an Tarifverträgen orientierte Vollzeitarbeit hinausgehen, steuerfrei gestellt."

Liebe Kollegen der FREIEN WÄHLER, es handelt sich nicht um eine unverbindliche Prüfbitt, sondern um einen klaren politischen Auftrag. Dieser Auftrag muss in der Tat jetzt umgesetzt werden. Bayern wartet auch nicht ab, Bayern treibt. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits im März 2024 im Rahmen ihrer Bundesratsinitiative für eine steuer- und wirtschaftspolitische Agenda 2030 genau diese Forderung erhoben. Ich erinnere an folgenden Passus: "Darüber hinaus fordert der Bundesrat steuerliche Anreize für die Leistung von Überstunden und Mehrarbeit, um den Arbeits- und Fachkräftemangel auch durch inländische Potenziale zu begrenzen." Wir als CSU stehen an der Seite der arbeitenden Mitte, an der Seite von Mittelstand und Handwerk. Der Dringlichkeitsantrag der Regierungsfaktionen geht deshalb genau in die richtige Richtung.

Genauso klar ist für uns: Die Entlastung der arbeitenden Mitte darf nicht nur bei der Frage der Überstunden stehen bleiben. Wir brauchen insgesamt ein Einkommensteuersystem, das Leistung belohnt und gerade unsere Mitte entlastet. Wir begrüßen aus Bayern daher die aus Berlin angekündigten Steuerreformen für die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Wir brauchen aber zusätzliche Entlastungen, wie einen Ausgleich der kalten Progression. Das ist an dieser Stelle ein Grundproblem. Wir brauchen eine Erhöhung der Einkommensgrenzen für den Spitzensteuersatz und vor allem mehr Tempo bei der Umsetzung. Leistung muss sich lohnen. Das ist kein Slogan, sondern eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Die CSU wird sich deshalb weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich Leistung lohnt. Deshalb gilt: weniger reden, einfach machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die Staatsregierung spricht Staatssekretär Martin Schöffel.

**Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den Regierungsfractionen für diesen Dringlichkeitsantrag, mit dem ein wichtiges Anliegen der Staatsregierung und der Koalition in Berlin aufgegriffen wird. Dieser Dringlichkeitsantrag gibt uns Gelegenheit, die arbeitende Mitte anzusprechen und ihre Leistungen anzuerkennen. Die linke Seite hat heute versucht, Argumente dafür zu sammeln, warum die Steuerfreiheit von Überstundenzuschlägen nicht sinnvoll sei. Meines Erachtens war keines dieser Argumente wirklich stichhaltig. Es ist eine gute Sache, Zuschläge für die Mehrarbeit steuerfrei zu stellen.

In der jetzigen Situation der deutschen Wirtschaft brauchen wir neue Impulse. Die Wirtschaftsleistung liegt seit dem Jahr 2019 auf dem gleichen Niveau. Wir haben eine Stagnation. Deshalb müssen schnell weitere Impulse gesetzt werden. Bei den immer wieder sprunghaft ansteigenden Verbraucherpreisen ist es nötig, für Entlastungen zu

sorgen. Diese Entlastungen können nicht durch ständig weiter steigende Bruttolöhne geschaffen werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass mehr Netto vom Brutto übrig bleibt; denn hohe Tarifsteigerungen belasten in diesen Zeiten die Unternehmen.

Wir haben in Deutschland insgesamt eine sehr hohe Steuer- und Abgabenbelastung. Deutschland liegt hier unter den OECD-Mitgliedstaaten auf Platz zwei. Wir brauchen jetzt zielgerichtete Maßnahmen zur Entlastung der Leistungsträger in unserer Wirtschaft. Das sind die Unternehmer, die Arbeitnehmer, aber auch die Selbstständigen. Jetzt muss gehandelt werden. Die Koalition in Berlin handelt auch. Wir würden uns aber bei den Entscheidungen eine höhere Taktzahl wünschen, damit wir auf die internationalen Herausforderungen schneller reagieren können. Für den wirtschaftlichen Aufschwung, für die Stabilisierung der Sozialsysteme und dafür, dass die Menschen wieder das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht, sind Reformen im Arbeitsrecht, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Vermittlung von Menschen in Arbeit dringend notwendig. Es geht dabei um die Rettung von Arbeitsplätzen und darum, Menschen in Arbeit zu bringen.

Deswegen ist die Reform des Bürgergeldes hin zu einer Grundsicherung besonders wichtig. Offene Stellen müssen so schnell wie möglich besetzt werden. Wer fit ist und arbeiten kann, kann nicht dauerhaft über die Grundsicherung alimentiert werden. Meine Damen und Herren, wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und: Wer mehr arbeitet, soll auch mehr Netto haben. Deshalb müssen wir die Steuer- und Abgabenbelastung bei Überstunden und Lohnerhöhungen in den Blick nehmen. Wir brauchen steuerliche Anreize, um dem immer noch vorhandenen Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und die Wirtschaftskraft weiter zu stärken. Der Bundesregierung war deshalb die Einführung der neuen Aktivrente zum 1. Januar 2026 besonders wichtig. Sie wissen, dass es eine Förderung von freiwilliger Weiterarbeit im Rentenalter gibt. Arbeitnehmer können monatlich aus Erwerbseinkünften bis zu

2.000 Euro steuerfrei beziehen. Dies führt zu einem positiven Effekt für die Wirtschaft, weil dadurch Fachwissen länger genutzt werden kann und die Erfahrung langjähriger Mitarbeiter weiterhin zur Verfügung steht. Das ist ein wichtiger Punkt.

Brandaktuell sind die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom vergangenen Wochenende. Dafür ein Dank an unseren Ministerpräsidenten, der zwei Tage lang fast rund um die Uhr mitverhandelt hat. Hier wurde ein Energie-Sofortprogramm gestrickt, insbesondere um die Bürger bei den aktuellen Kraftstoffpreisen zu entlasten. Diese Situation erfordert ein schnelles und effektives Handeln.

Ein wichtiger Punkt dabei ist die Senkung der Energiesteuer bei Benzin und Diesel um brutto rund 17 Cent. Das bedeutet, dass die Energiesteuer beim Diesel auf das europäische Mindestmaß abgesenkt worden ist. Diese Maßnahme ergänzt die bereits zum Jahresanfang erfolgte Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Entfernungskilometer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war eine wichtige Anpassung aufgrund der Preissteigerungen. Diese langjährige Forderung der CSU wurde zum Jahresbeginn durchgesetzt. Diese Maßnahme wirkt nicht kurzfristig, sondern dauerhaft. Sie ist deshalb ein wichtiges Zeichen für die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer.

Die Bundesregierung darf sich aber nicht auf die Umsetzung dieser Beschlüsse beschränken. Patrick Grossmann hat bereits die Reform der Einkommensteuer genannt, die zum 1. Januar des nächsten Jahres zur Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen kommen soll. Damit soll die Steuerprogressionskurve abgeflacht werden, um kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten. Wünschenswert wäre es, wenn die Eintrittshöhe für den Spitzensteuersatz entsprechend nach hinten verlagert würde; denn damit würden alle entlastet, und die kalte Progression würde bekämpft.

Ein weiterer Schritt, der mit diesem Dringlichkeitsantrag beabsichtigt wird, ist die Stärkung der Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer, Mehrarbeit zu leisten, um damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Unternehmen sind

auf diese Mehrarbeit angewiesen; denn die Geschwindigkeit bei der Auftragsbearbeitung ist nach wie vor ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Man kann nicht erst dann neue Leute einstellen, wenn Aufträge anstehen. Vielmehr muss es möglich sein, mit der bestehenden Mannschaft so schnell wie möglich auf neue Aufträge zu reagieren. Deswegen sind diese Überstundenzuschläge so wichtig. Sie verhindern außerdem, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Mehrarbeitsvergütung am Ende überproportional steuerlich belastet werden. Deshalb ist dieser Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU so wichtig. Diese Maßnahmen sind auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen; sie sollten deshalb zeitnah umgesetzt werden.

Dies gilt auch für die Änderungen beim Unternehmensteuerrecht. Ich nenne nur die Maßnahmen, die bereits auf den Weg gebracht wurden: die Wiedereinführung und Aufstockung der degressiven Abschreibung, der sogenannte Investitionsbooster, die Senkung des Körperschaftsteuersatzes ab dem Jahr 2028 und die Absenkung des begünstigten Einkommensteuersatzes für nicht entnommene Gewinne. Diese thesaurierten Gewinne, die bei den Unternehmen bleiben, werden niedriger besteuert.

Das sind erste Schritte für einen klaren Kurs in der Wirtschaftspolitik. Wir haben damit viel Gutes auf den Weg gebracht. Ich sage aber noch einmal: Die Taktzahl der Entscheidungen muss erhöht werden, damit auf internationale Probleme schnell reagiert werden kann. Das volatile Wirtschaftsgeschehen erfordert Flexibilität und sofortige Nachjustierung. Die Landtagsfraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER setzen heute einen wichtigen Punkt. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Mir liegen noch zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst Herr Kollege Winhart von der AfD-Fraktion.

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Staatssekretär Schöffel, ich habe in meiner Rede gesagt, dass wir gern die Zuschläge für die Mehrarbeit steuerfrei stellen wollen. Das haben Sie in Ihrer Rede gerade bekräftigt. Im Dringlichkeitsantrag ist aber nur von einer "steuerlichen Begünstigung" die Rede. Ich habe weder von Herrn Saller noch von Herrn Grossmann etwas von einer Steuerfreistellung gehört. Bleibt es bei null Steuern auf die Zuschläge für die Mehrarbeit? Habe ich das richtig verstanden?

**Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat):** Ja.

**Andreas Winhart (AfD):** Gut. Danke.

**Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat):** Sofern das im Deutschen Bundestag beschlossen wird. Genau das ist unser Ziel.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen von Brunn das Wort.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Staatssekretär Schöffel, Sie sind ja qua Amt Fachmann. Sie wissen sicherlich auch, dass im Koalitionsvertrag alles unter Finanzierungsvorbehalt steht. Wir haben uns in der Koalition darauf geeinigt, dass zum 1. Januar die Steuerreform für die kleinen und mittleren Einkommen kommen soll. Jetzt höre ich von Ihnen eine ganze Latte von Maßnahmen, was noch kommen soll: Unternehmenssteuerreform, Überstundenzuschläge sollen steuerfrei gestellt werden usw. Mich würde von Ihnen als Fachmann interessieren, wie Sie diese Maßnahmen gegenfinanzieren wollen. Ich möchte auf den Finanzierungsvorbehalt, den der Kanzler angeführt hat, an dieser Stelle ausdrücklich hinweisen.

**Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat):** Herr von Brunn, ich möchte feststellen, dass diese Maßnahmen nicht nur beschlossen sind, sondern dass sie sich bereits in der Umsetzung befinden. Die degressive AfA wurde schon eingeführt. Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes wird ab 2028 kommen. Auch die Absenkung des Thesaurierungs-Steuersatzes ist beschlossen. Eines müssen Sie verstehen: Sie

können nicht dauerhaft mit immer höheren Steuersätzen mehr Steuern einnehmen, sondern Sie müssen es schaffen, dass die Wirtschaft ins Laufen kommt, dass Unternehmen Erfolg haben, ihre Betriebe nicht ins Ausland verlagern und hier investieren. Nur dadurch können überhaupt dauerhaft Haushalte finanziert werden. Deswegen sind diese Maßnahmen, die wir hier treffen, das Mindeste, das für den Wirtschaftsstandort Deutschland

(Zuruf)

getan werden muss, und das haben wir im Koalitionsvertrag entsprechend vereinbart.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/11440 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist diesem Antrag zugestimmt. Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.